

Wir kümmern uns: Wir bringen die Bürgeranliegen in die politischen Entscheidungsgremien

Ratsbürgerentscheid zum Siegburger Rathaus am 02.12.2018
(siehe www.demokratie-durch-volksabstimmung.de unter „Anfragen im Stadtrat“)

Antrag „Volksabstimmung“ im Kreistag - Armutsbeauftragten für den Rhein-Sieg-Kreis und Auszug Haushaltsrede 2018 im Siegburger Stadtrat
(siehe www.demokratie-durch-volksabstimmung.de unter dem Link „Unterstützungsunterschrift“).

Stadtratssitzung in Siegburg am 13.12.2018

(siehe www.demokratie-durch-volksabstimmung.de unter „Anfragen im Stadtrat“):

- Anfrage zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite),
- Änderungsanträge zum Haushalt 2019,
- Haushaltsrede zum Haushalt 2019.

Sitzung des Kreistages im Rhein-Sieg-Kreis am 17.12.2018

(siehe www.demokratie-durch-volksabstimmung.de unter „Anfragen im Kreistag“):

- Anfrage zu Arbeitslose im Rechtskreis SGB II, erwerbsfähige Leistungsbezieher im SGB II-Bezug (Hartz IV) und Asylbewerber/Flüchtlinge in den 19 Städten und Gemeinden des Rhein-Sieg-Kreises und insgesamt im Rhein-Sieg-Kreis,
- Anfrage zur Bearbeitungsdauer von Wohnungsbaugenehmigungen beim Rhein-Sieg-Kreis (Sachstandsbericht),
- Anfrage zur Liquiditätssicherung (Kassenkredite),
- Anfrage zu den Kosten für das Kommunale Integrationszentrum (KI) im Haushalt 2019/2020,
- Anfrage zum UN-Migrationspakt, globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration,
- Anfrage zu den gesundheitlichen Gefahren und Risiken der 5G-Mobilfunk-Technologie,

- Antrag zum Haushalt 2019/2020: Für Arbeitslose im Rechtskreis SGB II und erwerbsfähige Leistungsbezieher im SGB II-Bezug (Hartz IV) etwas tun,
- Antrag zum Haushalt 2019/2020: Der Rhein-Sieg-Kreis übernimmt die Abfallgebühren für die Tafeln im Rhein-Sieg-Kreis,
- Antrag zum Haushalt 2019/2020: Überprüfung ggf. Kündigung der Beteiligung bei Radio Bonn/Rhein GmbH & Co KG.
- Haushaltsrede zum Haushalt 2019/2020

Eilantrag an das Bundesverfassungsgericht zum UN-Migrationspakt und UN-Flüchtlingspakt, Erinnerung ans Recht nach Professor Karl Albrecht Schachtschneider

(siehe www.demokratie-durch-volksabstimmung.de unter „Politisches Forum“, Beitrag v. 22.11.2018)

„Große Änderungen des Volkes bedürfen der unmittelbar demokratischen Zustimmung des deutschen Volkes, das allein Deutschland zum Einwanderungsland umwandeln kann. Gemäss Art. 146 GG kann nur das deutsche Volk, das durch Referendum (Volksabstimmung) entscheiden müsste, Deutschland zum Einwanderungsland umwandeln. Eine Einwanderungspolitik, die sich hinter dem Begriff „humanitäre“ Gründe verbirgt, ist somit mit dem Grundgesetz unvereinbar“ (Professor Dr. jur. Karl Albrecht Schachtschneider).

Europawahl am 26.05.2019

Zur Europawahl fehlen uns noch rund 300 Unterstützungsunterschriften. Wenn noch nicht erledigt, schicken Sie uns doch bitte Ihre Unterstützungsunterschrift oder eine aus Ihrem Verwandten- bzw. Bekanntenkreis. Das Formblatt finden Sie auf unserer Internetseite.

Für die Unterstützungsunterschriften gelten die Datenschutzrichtlinien nach EU-Norm & DS-GVO.

Wahlaussagen „Volksabstimmung“ zu Kommunal- und Landtagswahlen, zur Bundestags- und Europawahl und **Eidesstattliche Wahlversprechen** „Volksabstimmung“:

siehe www.demokratie-durch-volksabstimmung.de unter dem Link „Unterstützungsunterschrift“.